

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Wiatersfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Sprechsprecher: Emil Lühorn Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Eine Weihnachtsgabe an die Arbeitslosen und Familien der Eingezogenen.

**W**eihnachten naht! Das Fest des Friedens und der Nächstenliebe. Aber wohin wir blicken, ist der Weltkrieg das Signum unserer Zeit. Vier volle Monate dauert schon das blutige Ringen in Ost und West und noch ist kein Ende abzusehen. Weit über 15 000 unserer Kollegen stehen im Felde und haben übermenschliche Strapazen und Entbehrungen zu ertragen. Hunderte sind wie allwöchentlich unsere Totenliste bezeugt — schon dahingesunken für die Verteidigung des Vaterlandes und wohl die vierfache Zahl liegt in den Lazaretten mit zerfemmeterten Gliedern oder durchschossenem Körper.

Wir haben nicht vermocht, den Krieg mit seinen Schrecknissen zu verhindern, aber unsere tapferen Kollegen haben uns den Krieg im eigenen Lande fast ganz fern gehalten. Sie setzen täglich und stündlich ihr Leben für uns ein und es ist Pflicht und Aufgabe der Daheimgebliebenen, alles zu tun, was geschehen kann, ihnen in diesen schweren Tagen den Beweis unserer Solidarität, unserer Nächstenliebe zu bezeugen.

Wir wissen wohl, daß fast jeder einzelne in dieser Zeit um einen nahen Verwandten oder Freund bangt oder schon trauert. Doch daneben wollen wir uns zum Bewußtsein bringen, daß weder durch den einzelnen noch durch Staat und Gemeinde überall so viel geschieht oder geschehen kann, als wünschenswert wäre.

Darum hat der Vorstand den zahlreichen Anregungen aus vielen Filialen gern entsprochen und eine Summe von hunderttausend Mark als Grundstock bestimmt für eine Weihnachts-Unterstützung an unsere Arbeitslosen und die Familien der Eingezogenen.

Wohl wissen wir, daß diese Summe keinen nennenswerten Betrag für den einzelnen der 16 000 Unterstützungsempfänger bedeutet. Andererseits mußte mit den vorhandenen Mitteln und den weiteren Anforderungen an unsere Verbandskasse gerechnet werden.

Darum haben wir uns an die Filialen gewandt, ein Weiteres zu tun und aus ihren Filialkassenbeständen den Fonds für die Weihnachtsgabe zu stärken. Es ist Pflicht der leistungsfähigeren Filialen, hier kräftig einzuspringen. Das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Verbandskollegen unterliegt in dieser schweren Zeit einer harten Probe. Jetzt zeigt sich erst so recht, was Solidarität heißt.

Wir können schon jetzt voller Freude und Stolz feststellen, daß unser Verband nach menschlichem Ermessen die schwere Zeit des Krieges so überdauern wird, daß er im Frieden alsbald mit ganzer Kraft wieder an seine eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben herantreten kann.

Unsere Kollegen im Felde — denen wir jetzt so viel zu danken haben! — werden es uns gewiß ebenso für alle Zeiten zu Dank wissen, daß unser Verband nach besten Kräften versucht hat, den seelischen und materiellen Druck für ihre Familien zu mildern und ihnen zum Fest der Nächstenliebe eine kleine Freude bereitet.

Diese Freude soll zum Weihnachtsfest überall vorhanden sein, wo Verbandskollegen durch Arbeitslosigkeit oder Fernsein von der Familie in besonderem Maße die schwere Zeit über sich ergehen lassen müssen.

Unser Appell an die Filialen hat bereits an vielen Orten freudigen Widerhall gefunden. Wir erwarten aber, daß sich jede Filiale nach Maßgabe ihrer Mittel an dem Weihnachtsfonds beteiligt, daß sich keine davon ausschließt.



## Deutsche Kulturarbeit oder deutsche Barbarei?

II. (Schluß.)

Die Gewerkschaften haben in ihren Unterrichtsreisen eine planmäßig fortbildende Einrichtung getroffen; auch sie streben danach, das Bildungsniveau ihrer Angestellten zu heben. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat für seine Partei im Jahre 1913 42 824 Mk. die Ober-Kommission der Gewerkschaften für die ihrigen 53 022 Mk. verausgabt. Die gewaltigen Anstrengungen in der Arbeiterkassen, befähigte Personen heranzubilden, ihre Schulkenntnisse zu erweitern, haben es der Sozialdemokratie ermöglicht, einen großen Stab von Arbeitern in Redaktionen und leitenden Stellungen zu haben, die man vergeblich in den romanischen Ländern und in England in den gleichen Positionen finden wird. Daß zahlreiche Gewerkschaftshäuser errichtet und unterhalten werden konnten, darunter solche, die einen Mehraufwand von 2 bis 4 Millionen Mark verursachten, das ist alles Aufwendungen aus Mitteln der Arbeiterorganisationen zu danken; sie sind nicht, wie in Paris und anderen Orten, dadurch entstanden, daß die Gewerkschaften die Wälder in solche Räume zur Verfügung stellten.

Alles das sind Kulturarbeiten von hohem Wert, weil sie das Kulturniveau des Volkes heben. Etwas Ähnliches ist in den westlichen Staaten nicht anzutreffen. Alle Achtung vor dem, was dieses oder jenes Volk vor hundert oder mehr Jahren geschaffen und geleistet hat. Jetzt aber gilt es, die Gegenwart zu bereichern und sich nicht aus den vergilbten Vorberden der Vergangenheit Ruhmeskränze zu winden.

Wo ist in England die Pflanzkultur, die sich ernsten künstlerischen Aufgaben widmet? Shakespeare ist in Deutschland besser bekannt als in England. Auch Bernhard Shaw in der deutschen Arbeiterkassen erheblich mehr vertraut als der englischen. In den luxuriös ausgestatteten Varietés und Tingeltangeln Londons findet sich jung und alt der englischen Geldaristokratie ein, und die Menge haut sich vor den zahlreichen glücken Unternehmen zweiter und dritter Güte. Das ist die dramatische Kunst, die die überwältigende Mehrheit der englischen Nation allein kennt. In Deutschland hat man es dagegen verstanden, das Verständnis für künstlerisch wertvolle Darbietungen in der Arbeiterkassen zu wecken; die Schauspieler fühlen sich nirgends so zu dem Preis ihrer Zuhörer hingezogen, als wenn sie vor den andächtig zuhörenden Arbeitern auftraten. Die Berliner Freien Volksbühnen hatten vor dem Krieg fast 70 000 Mitglieder. In anderen Städten sind gleiche Unternehmungen entstanden oder es werden zu ernährten Freien Volksbühnen veranstaltet. Wo bleiben die großen englischen Organisationen, um gegenüber der blasierten Bourgeoisie die Arbeiterschaft von jenem unkünstlerischen Treiben zum rechten Streben anzukurbeln? Wenn englische Parteigenossen am Sonntag ihre Predigt im Hyde-Park im Auftrag irgendeiner Sekte halten, so kann das wirklich nicht als eine ausreichende Gegenwirkung gegen Unbildung und Unkultur gelten.

Warum dies alles einmal ausgesprochen werden mußte? Sicherlich nicht, um uns zu rühmen oder um die ausländischen Arbeiter herabzusetzen. Die deutschen Arbeiter haben stets am treuesten an dem Gedanken der proletarischen Internationale festgehalten, und sie wünschen auch jetzt nichts sehnlicher, als bald wieder im Frieden mit den ausländischen Bruderparteien das gemeinsame Kultur- und Befreiungswerk fortsetzen zu können. Aber wagt, da zu unserer tiefen Schmerz auch Organe der Arbeiterbewegung in England von der Bourgeoisie in die Deutschenhebe hineingerissen sind, müssen wir uns unserer Haut wehren. Jetzt werden die Deutschen und damit auch die deutschen Arbeiter im Ausland nur noch als eine Horde von Vandalen dargestellt, die für kulturelle Aufgaben ein untaugliches Objekt seien. Und das geschieht, obwohl sehr viele von denen, die jetzt die unheimlichen Lügen nachsprechen, die deutsche Arbeiterbewegung kennen und wissen, daß rund 600 000 organisierte Arbeiter im Deutschen Reich leben, die eine solche Misshandlung wahrlich nicht verdienen. Niemand wird bestreiten wollen, daß im Krieg auch Verletzungen vorkommen können. Aber was soll man, um nur ein Beispiel herauszugreifen, zu folgenden Dingen sagen? Fortgesetzt geht durch die Auslandspressen, auch die ausländische Parteipresse, die Behauptung, deutsche Truppen hätten vor ihre Front Frauen und Kinder, um sich gegen die Angriffe der Feinde zu schützen. Solche und ähnliche Geschichten, deren althergebrachte Erfindung doch auf der Hand liegt, sollen doch nur dazu dienen, die Feindschaften aufzuwickeln, die Erbitterung zu steigern, die schon im Übermaß angefaßt ist. Auch im Ausland muß man vor den Parteigenossen so viel Objektivität verlangen, daß sie sich nicht zu Willkürdiktanden solcher Treibererlen machen. Wir haben anderen Nationen gegenüber nie überlegen getan und sind mit den Feinden,

die es taten, recht unfaßt umgegangen. Doch Renommisterei ist wahrscheinlich keine spezifisch deutsche Sache, sie ist wohl auch anderwärts zu finden. Wir wissen auch, daß in kultureller Beziehung in Deutschland noch sehr viel zu vorbringen ist. Aber die deutsche Arbeiterkassen kann auch jetzt schon den Vergleich mit dem Ausland jederzeit aushalten. Wir haben eine Kultur zu verteidigen, die durch die Kriegswirren schweren Schäden ausgeht ist. Selbst für den schlimmsten Fall glaube ich nicht, daß diese Kultur verloren geht, aber ein Rückschlag wird unvermeidlich sein, und eine lange Zeit des Aufbaues wird von neuem erforderlich werden. Mit dem militärischen Niedergewingen wollen unsere Gegner, will vor allem England, das den Vorkriegsstatus proklamiert hat, gleichzeitig die wirtschaftliche Enttäuschung erreichen, was von ausschlaggebender Bedeutung ist. In diese große Gefahr für Deutschland wird gerade die Arbeiterkassen als der am schwersten leidende Teil hineingeworfen. Mit der üblichen Behauptung, unsere Gegner wollten die inneren politischen Verhältnisse Deutschlands reformieren, bleibe man uns gefällig fern. Die Beweggründe ihres Handelns sind nicht ideologisch, sie sind vielmehr recht materialistischer Art, sie sind von kapitalistischen Interessen bestimmt, die in diesem Krieg so stark in den Vordergrund treten, wie nur je in einem Konflikt der Völker. Der englischen Regierung ist die Behauptung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands höchst gleichgültig; ihre Maßnahmen sind von den Interessen des englischen Kapitalismus diktiert, ihre Aufgabe sieht sie darin, die wirtschaftliche Nachbesserung Englands zu fördern und zu erweitern. Die Form, die sie für ihre Politik gewählt hat, kann uns über deren Richtung nicht täuschen. In den Zeiten des englischen Monopolstrebens hat sie sehr geschickt ihre Verbündeten gestellt. Frankreich namentlich soll für den englischen Kapitalismus die blutigen Opfer bringen, die schwersten Leiden des Krieges tragen, um, wie man in England kalkuliert, im günstigsten Fall doch nur mit einem kleinen Bruchteil der Beute enttäuscht zu werden.

Nun, diese Rechnung ist nach meiner Überzeugung sehr falsch. Die sie angeht haben und glauben, die deutsche Weltkassen, die aus eigener wirtschaftlicher und Kulturkraft sich nicht mehr halten konnte, durch die militärische Gewalt der Allianzen in alter Herrlichkeit erheben lassen zu können, werden zu spät erkennen müssen, daß sie sie gerade damit selber preisgegeben haben. Das deutsche Volk wird dem unbedingten Vorkommen nach der Stabilisierung einer dauernden englischen Wirtschaftsuprematie nicht geopfert werden. Und diese Gewissheit schöpfen wir nicht zum wenigsten auch aus der ernsten, ehrlichen Kulturarbeit der deutschen Arbeiterklasse.

## Die Arbeiterretariate und Rechtsanstaltstellen im Deutschen Reich im Jahre 1913.

I.

In einer Zeit, in der fast überall die Völker aufeinander schlagen, fürdet die in der Friedenszeit geleistete Arbeit wenig Beachtung, sofern sie nicht in Zusammenhang mit den jetzigen schweren Forderungen zu bringen ist. Alles, was vordem als gut und nützlich galt, hat zurzeit an Wertschätzung verloren. Eine Umwertung der Werte ist eingetreten. Die Aufgaben der Friedenszeit treten zurück. Wer nicht mit Glücksgütern gesegnet ist, hat schwerer als sonst am seine Erziehung zu ringen. Nur unter großen Opfern ist die Erhaltung des von Arbeitern für Arbeiter Geschaffenen möglich. In einer solchen Zeit darf man kaum hoffen, mit einer Statistik, die über Friedensarbeit berichtet soll, große Bedeutung zu finden. Da sie aber andererseits für die fernere Arbeit Grundlagen gibt, auf denen weiter zu bauen ist, würde ich sie stellen doch vermissen, zumal es nicht ohne Belang sein wird, später feststellen zu können, welchen Einfluß der Krieg auf die Entwicklung ausübt.

Zu den Einrichtungen, die auch in der jetzigen Zeit nichts an Bedeutung verloren haben, gehören die Arbeiterretariate und Rechtsanstaltstellen. Sie sind zwar in mancher Beziehung noch wertvoller als früher, wenn auch an einen weiteren Ausbau zu denken kaum gedacht werden kann. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß die reichsweite Tätigkeit auf dem Gebiete der Anwaltschaft durch den Krieg eine Einschränkung erfährt und daß eine Vermehrung dieser Einrichtungen in den nächsten Jahren kaum zu erwarten ist, eher eine Verminderung. So werden die Jahre 1914 und 1915 einen gewissen Rückschritt fortsetzender Entwicklung der Arbeiterretariate und Rechtsanstaltstellen bilden. Die Statistik der nachfolgenden Jahre wird aber zu erwarten sein, in welcher Zeit es möglich ist, einwache angänzlich Folgen für die Statistik über die Einrichtungen auf dem Gebiete des Rechtsstaates und der

Rechtsbelehrung auszugleichen. So glauben wir, daß auch die Statistik des Jahres 1913, die infolge des Kriegsausbruchs später als sonst herauskommt, doch ihren Wert behalten wird.

**Bestand, Verwaltung, Unterhaltung und Einrichtungen der Sekretariate.** Der Bestand der Sekretariate war 1912: 120. Hier von ist das Coburger getrennt worden, da es vollständig aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten wird. Hinzu kamen 10 Sekretariate. Ihre Zahl liegt somit auf 130.

Die Verwaltung der Sekretariate erfolgt bei 75 = 58,1 Proz. durch die Gewerkschaftsstellvertreter. Bei 38 = 29,5 Proz. sind besondere Kommissionen für die Verwaltung eingesetzt.

Die Arten der Aufbringung der Unterhaltungskosten sind sehr verschieden. Zum Teil werden sämtliche Ausgaben aus den Statistikkassen bestritten. Andererseits werden die Kosten durch besondere Beiträge der Organisationen oder ihrer Mitglieder aufgebracht. Oft treffen zwei oder alle drei dieser Aufbringungsarten zu. In 41 Fällen werden von Parteiorganisationen und in 17 Fällen von Arbeiterunternehmungen Zuschüsse geleistet, darunter für 3 Sekretariate von der Generalkommission der Gewerkschaften.

Auskunft gewähren 87 Sekretariate an alle Auslandsjünglinge, davon 60 auch weitere Rechtshilfe. 39 Sekretariate machen Einschränkungen in bezug auf Organisationszugehörigkeit und 3, nämlich Aachen, Delbra und Reib, sind nur für Mitglieder des Bergarbeiterverbandes tätig. Vertretung vor Gerichten und Behörden wird von 116 Sekretariaten übernommen; weitere zwei tun dies nur in Ausnahmefällen.

Die Uebermittlung von Beschwerden übernehmen 124 Sekretariate. Statistische Arbeiten wurden von 75 Sekretariaten gemacht. Agitation oder andere gewerkschaftliche Arbeiten gehören in 94 Sekretariaten mit zu den Aufgaben der Sekretäre. Ueber gerichtliche Anlagen bzw. Vertretungen berichten 6 Sekretariate.

**Frequenz der Sekretariate.** Die Zunahme der Auslandsjünglinge war 1913 verhältnismäßig gering. 1912 waren nach Abzug der Zahl des Coburger Sekretariats 667 186 Auslandsjünglinge abgezählt worden, 1913 dagegen 643 900. Bei einem Mehr von 8 berichtigten Sekretariaten betrug die Zunahme nur 16 104 = 2,5 Proz. Zieht man aus der Statistik von 1912 die Zahl der Auslandsjünglinge der Sekretariate Aachen und Hildesheim ab, die diesmal nicht berichtet, ab, dann ergibt sich für 1913 eine Zunahme um 19 918 = 3 Proz. Seit 1902 ist noch nie eine so geringe absolute und prozentuale Steigerung zu verzeichnen gewesen mit Ausnahme des Jahres 1903. Die Auslandsjünglinge, die nicht als Arbeitnehmer zu zählen sind, weisen eine um 3135 Personen niedrigere Zahl auf als 1912; damals waren es 32 556, jetzt 29 421. Danach scheint die Quantitätszunahme der Sekretariate durch Unternehmer und Privatpersonen zurückgegangen zu sein; ihr Anteil an der Gesamtzahl fiel von 1,9 Proz. auf 1,1 Proz. Dagegen stieg die Zahl der Behörden, Vereine und Korporationen, die sich an die Sekretariate wandten, um 704 = 28 Proz. von 2 515 auf 3 219, ihr Anteil von 0,1 auf 0,5 Proz. 1912 waren 91,7 Proz. der Auslandsjünglinge Arbeitnehmer, 1913 dagegen 95,2 Proz. Unter ihnen waren 1912: 526 002, 1913: 510 316 männlichen Geschlechts. Ihrer Zunahme um 11 314 stand eine solche von 4521 der weiblichen Personen gegenüber, deren Zahl von 106 113 auf 110 931 wuchs. Angaben über den Wohnort sind von 683 466 Auslandsjünglingen gemacht worden, von denen 519 143 = 76 Proz. am Sitz des Sekretariats und 164 323 = 24 Proz. außerhalb wohnten.

Ueber die Organisationszugehörigkeit der Auslandsjünglinge machen alle 127 berichtenden Sekretariate Angaben. Hiernach waren von 680 671 die Sekretariate benutzenden Personen 75 611 = 11,1 Proz. gewerkschaftlich organisiert, 1912 von 643 971: 18 162 = 2,8 Proz. Die ersten Auskünfte betragen im Berichtsjahre 725 092; sie nahmen danach um 21 374 = 3,3 Proz. zu. Zeitungsarbeiten wurden 1913: 185 439 angefertigt.

Die ersten Auskünfte betreffen folgende Gebiete: Bürgerliches Recht 28 140 = 31,6 Proz., Arbeitsversicherung 20 222 = 28,5 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 10 853 = 15,2 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 9 782 = 13,5 Proz., Straf recht 4 019 = 6,1 Proz., Krankenversicherung 3 811 = 5,3 Proz., Zivilrecht 3 756 = 5,2 Proz., Arbeiterbewegung 3 684 = 5,1 Proz., Handels- und Gewerbebetriebe 3 630 = 5,1 Proz., Vereins- und Verbandsrecht 2 800 = 3,9 Proz. Die Tabelle 13 zeigt, kommen auf die Unfallversicherung 117 211 = 16,3 Proz. der Auskünfte über Arbeitsversicherung, auf die Invalidenversicherung 46 029 = 6,4 Proz., wobei 1 368 Auskünfte über Angelegenheiten der Unfallversicherung mitgezählt sind, auf die Krankenversicherung 40 711 = 5,6 Proz. und auf des Knappschaftsweien 4 271 = 0,6 Proz.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, 23. November 1914.

Die Woche begann mit einem erheblichen Sieg Hindenburgs und seiner Armeen in Rußland, Polen und Ostpreußen. Eine bessere Widerlegung der Gerüchte von deutsch-russischen Verhandlungen ist nicht denkbar. Leider ist aber Litauen noch immer gefährdet und die Massenflucht hat bereits zum drittenmal eingesetzt. Hoffentlich legt der im gegenwärtigen Augenblick noch tobende Kampf endgültig die Felder rein von den andringenden Russen. Damit würde dann der Rettungsanker der Franzosen, den sie stark in Rechnung stellen, schwanden, denn die „neue Hoffnung“ über das Eintreffen der Japaner auf dem europäischen Kriegsschauplatz wird sich sicher nicht realisieren. Sie werden froh sein, ihre Beute (Quantität) in Sicherheit zu haben. Hingegen zeigt uns das Auftreten der englischen Minister und Abgeordneten im Unterhaus den furchtbaren Ernst der Situation nicht bloß für England, sondern auch für uns! Alle Kräfte zum Siege müssen angespannt werden, denn England hat richtige wirtschaftliche Hilfsmittel in diesem Weltkrieg und ist entschlossen, sie alle sturpflos bis zum äußersten anzuspinnen. Das beweist u. a. die englische Minenversuchung an der holländischen Küste, die jetzt einwandfrei nachweisbar ist. Zwar betragen die englischen Verluste bereits über 80 000, und auf dem Ozean hat die „Karlshöhe“ die Rolle der „Cuden“ übernommen und versenkt nach Kräften englische Schiffe. Auch die Türken haben bereits ganz ansehnliche Teilerfolge gegen Engländer und Russen aufzuweisen. Dazu ist offensichtlich der Kurvenzustand in dem weiteren Nachen begriffen. Falls die in der Tagespresse bekanntgegebenen Vereinbarungen zwischen Oberst Maritz und der Regierung von Deutsch-Südwestafrika richtig sind, stehen die Dinge für England schon ganz bedenklich. Aber auf der anderen Seite wird das englische Gold nicht bloß in Portugal und Griechenland zur Aufgabe der Neutralität verwendet, sondern selbst in Italien, Rumänien und Bulgarien sind englische Diplomaten und Unterhändler mit allen Mitteln bemüht, für die Aufgabe der Neutralität zugunsten des Sechserbundes zu wirken. Entscheidende Schlagen im Osten und Westen würden freilich das Bild sehr bald anders gestalten. Dafür sind immerhin günstige Aussichten vorhanden.

Wir lassen Einzelvorgänge folgen: **15. November.** Südlich von Stallupönen werden russische Truppen zurückgeworfen. Auf Soldau marschierender Feind wird bei Lipno bis Ploß (Rußland-Polen) zurückgeschlagen. In beiden Gefechten 5000 Gefangene gemacht, 10 Maschinengewehre erbeutet. — In Fortsetzung des Kampfes bei Biala-Lawca vom 13. November werden mehrere russische Armeekorps bis über Kutno zurückgeschlagen. Russische Verluste 3000 Gefangene (darunter der Gouverneur von Warschau mit seinem Stabe), 70 Maschinengewehre und eine Anzahl Geschütze. — **16. November.** Englisches Unterhaus bewilligt 7 Milliarden Mark neuer Kriegskredite. Davon sollen Belgien 200 Millionen und Serbien 16 Millionen Mark erhalten.

**17. November.** In Polen beginnen neue Kämpfe bei Lodz. — Stehende Gefechte bei Soldau und Pilsken. — Weiterreichender Befehl Baljewa (Serbien) und verfallen den Feind bis Kragujevac. — Deutsche Kriegsschiffe sperren durch Versenkung von Schiffen Einfahrt zum russischen Litschen von Liban und bestücken die Stadt. — **18. November.** Ein deutsches Flugzeugabwehrer zwingt zwei feindliche Flugzeug zum Landen und bringt ein drittes Flugzeug zum Absturz. — Die Festreicher machen in der Schlacht an der galizisch-russischen Grenze 7000 Gefangene, erbeuten 18 Maschinengewehre und mehrere Geschütze. — Türkisch-russische Seeschlacht bei Sewastopol. Ein russisches Kriegsschiff schwer beschädigt. — Stehende Gefechte der Türken in Kaukasus. — **19. 20. November.** Türkische Truppen haben den Zueglan bei Gisantara erreicht und die Engländer unter Verlusten zurückgeworfen. — **21. November.** Englische Flugzeug werfen vergeblich Bomben auf Luftschiffwerft in Friedrichskafen. Ein Flugzeug wird abgeschossen. — Die Festreicher dringen weiter in Serbien vor. Die Gesamtzahl der gefangenen Serben in den letzten zwei Wochen beträgt 13 000. — **22. November.** In Rußland-Polen ist der heftigste Kampf noch nicht zum Abschluß gelangt. — Im Westen ist die Lage seit einer Woche unverändert!



### ♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

**Augsburg.** Notstandsarbeiten. Trotzdem die höchste Stadtverwaltung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit durch Übernahme von Manufakturarbeiten entgegenzutreten kann, außerdem die höchste Industrie mit Militäräraufträgen begünstigt wurde, greift die Arbeitslosigkeit durch die Kriegszersplitterung auch unter der höchsten Arbeiterschaft mehr um sich. Stad hier der Arbeitslosen auch nicht so viel wie in anderen Industriezweigen, so haben wir doch mehrere Hundert zu verzeichnen, die Arbeit, Brot und Verdienst suchen. Dies in der höchsten Stadtverwaltung keineswegs entgangen. Der Stadtmagistrat beschäftigte sich in der Sitzung vom 31. Oktober mit der Bereitstellung von Notstandsarbeiten. Da eine gemeindliche Arbeitslosenversicherung war in der Enttückung begriffen, bis heute aber bedeutungslos das Licht der Öffentlichkeit noch nicht erblickte, wurde beschlossen, mehrere nicht dringliche städtische Arbeiten als Notstandsarbeiten vornehmen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde die Summe von 25.500 Mk. genehmigt. Bei Verabreichung dieser Angelegenheit wurde betont, daß mit diesen Arbeiten mehrere hundert Arbeiter auf längere Zeit Beschäftigung haben sollen. Aus diesen Gründen erregte man sich, für Notstandsarbeiter über den übrigen städt. Arbeitern Vorteil Arbeitszeit und Lohn gleich wie früher; sie haben also nichts mit diesen Beschäftigten zu tun. D. H. eine tägliche Arbeitszeit von 6 Stunden und einen Tagelohn von 2,30 bis 2,40 Mk. festzusetzen. Niemand außer dem sozialdemokratischen Vertreter erhob gegen diesen niederen Lohn Einspruch. Mit Recht führte Genosse Simon an, daß mit der Schaffung der Notstandsarbeiten auch ausreichende Löhne festgesetzt werden müssen. Mit dem vorgeschlagenen Vertrag konnte ein Arbeiter nicht aus. Es sei ihm unverständlich, wie ein Arbeiter mit wöchentlich 13 bis 14 Mk. seine Familie ernähren kann. Die Folge wird sein, daß die Arbeiter gezwungen werden, trotz Arbeit und Verdienst weitere Hilfe in Anspruch zu nehmen. Schließlich wurden nach längerer Debatte die Anträge angenommen. Der Arbeitsvorstand nahm zu der Frage Stellung und war mit dem Genossen Simon einer Meinung, daß der vorgeschlagene Arbeitsverdienst zu niedrig bemessen sei. Nach Rücksprache mit verschiedenen gewerkschaftlichen Instanzen und dem in der Sache selber betroffenen Deutschen Bauarbeiterverband wurde man sich einig, mit dem Bauamt wegen der Notstandsarbeiten zu konferieren. Der Vorstand man sich nach Vorstellungsverfahren der Einsicht nicht verschließen, daß gegenwärtig ein Tagelohn von 2,40 Mk. für einen Arbeiter unzureichend ist. In der Gemeindefollegiumsitzung vom 12. November referierte Gemeindefollegiumsmitglied Keller, der namens des Ausschusses den Wunsch zum Ausdruck brachte, es möge eine siebenstündige Arbeitszeit und ein täglicher Lohn von 2,50 Mk. festgesetzt werden. Zahl der Einsicht der Mehrheit der Vertreter wurden die Anträge des Referenten angenommen. Da eine Einstimmigkeit der beiden städtischen Kollegien nicht vorhanden war, mußte sich der Magistrat am 14. November neuerdings mit der Frage befassen. Es wurde auf Antrag des Stadtbauamtes in obigen Sinne beschlossen. Mit diesen Beschlüssen zeigt sich einmal eine vollständige Einstimmigkeit der städtischen Kollegien, des Stadtbauamtes und der in Frage kommenden Verbände. Dies ist um so erfreulicher, weil angenommen werden kann, daß diese Einstimmigkeit durch die vorherige unverbindliche Aussprache des Referenten des Stadtbauamtes mit den Vertretern der beiden Verbände zustande gekommen sein dürfte. Durch dieses Entgegenkommen wird aufs neue gezeigt, daß eine Aühlungnahme des Verbands mit den fraglichen Behörden sicher nicht zum Schaden der Stadtverwaltung oder der Arbeiterklasse vertragen. Da durch das Entgegenkommen der städtischen Kollegien bei der letzten Lohn-erhöhung ebenfalls gezeigt wurde, daß eine Befriedigung der städtischen Arbeiter möglich ist, dürfte es gut sein, wenn künftig hin ein gutes Einvernehmen der Stadtverwaltung mit unserem Verbands in Arbeiterfragen gehalten würde. In der Gemeindefollegiumsitzung vom 12. November wurde gleichfalls ein Antrag des Gemeindefollegiumsmitgliedes Zoller behandelt und dem Stadtmagistrat zur Kenntnis hinübergegeben. Der dann später erst wieder das Gemeindefollegium beschäftigen wird. Der Antrag lautet: Das Gemeindefollegium wolle beschließen: Wir erklären uns bereit, Mittel zu bewilligen zur Unterhaltung bedürftiger Witwen und Waisen jener städtischen Beamten, Bediensteten und Arbeiter, welche, ohne einen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung erworben zu haben, auf dem Felde der Ehre gefallen oder an den erkrankten Verwundungen und anderen Folgeerscheinungen des Krieges, wie Krankheit usw., nachträglich gestorben sind. Diese Unterhaltungen sollen nur einen stets wiederkehrenden Zuschuß der Stadtgemeinde zu den Bezügen darstellen, welche die in Frage kommenden Personen aus ärztlichen Mitteln zu erhalten haben. Doch sollen diese Zuschüsse den Mindestbetrag nicht übersteigen, den die Hinterbliebenen erhalten würden, wenn ihnen ein Anspruch auf eine städtische Versorgungsasse zustände. Öffentlich erklärt dieser wichtige Antrag eine baldige Behandlung im Magistrat.

### ♦ Aus unserer Bewegung ♦

**Aicherleben.** Am 13. November tagte unsere Mitglieder-versammlung. Den Massenbericht vom letzten Vierteljahr gab Kollege Meunier. Die Einnahme betrug 560,88 Mk., Ausgabebestand in der Kasse 181,73 Mk. Am Ende des Vierteljahres waren 58 zahlende Mitglieder am Orte. Kollege Wachtendorf referierte dann über: „Die Mitgliederbewegung in der Kriegszeit“. Die zurückgelassenen Kollegen wurden aufgefordert, die Einnahme weiter auszubauen, damit sie die aus dem Felde zurückkehrenden Kollegen auf der Höhe finden. Hierauf gab Kollege Meunier bekannt, daß ein Kollege auf sein Kranken-geld verzichtete wegen der Kriegszeit.

**Berlin.** Eine gut besuchte Vertrauensmänner-versammlung der Aikale Groß Berlin beschäftigte sich mit der sogenannten Lohnbewegung in einzelnen unserer Betriebe. Wie auch für manchen anderen Bezirk hat nämlich der Krieg auch einigen Gruppen der Metallindustrie außerordentlich hohe Beschäftigung und anormal hohe Verdienste gebracht. Was lag nun näher, als daß eine Anzahl der in städtischen Betrieben Beschäftigten Metallarbeiter den Versuch unternahmen, auch die Stadtverwaltung zur Zahlung höherer Löhne zu veranlassen. Mein Mann denkt daran, den betreffenden Kollegen diese leider nur vorübergehende Aufbesserung ihrer Löhne zu mißgönnen. Leider wurde nun von Einzelpersonen der Versuch unternommen, für die sogenannte Lohnbewegung auch andere Berufsgruppen, für die aber die schon bezeichneten Voraussetzungen gar nicht gegeben sind, und die im Gegenteil unter Arbeitsmangel leiden, zu interessieren. Hauptächlich handelte es sich um solche Arbeiter, die erst seit kurzer Zeit und nur vorübergehend in städtischen Betrieben Beschäftigung gefunden haben. Leider wirkten auch einige Funktionäre des Metallarbeiterverbandes in einer Weise mit, die erkennen ließ, daß man sich dort nicht immer an die Beschlüsse hält, die von den gesamten Gewerkschaften gefaßt worden sind. Wohl erklärten auch sie, daß der Metallarbeiterverband mit der ganzen Sache „nichts zu tun“ habe, aber man ließ infolgedessen doch diese „Bewegung“ nicht ihren eigenen Gang gehen. Nur nun arbeitet über unsere Stellung zu diesen Vorgängen zu schaffen, traten unsere Vertrauensmänner zu einer Aussprache zusammen. Nach einem weit ausgreifenden, instruktiven Vortrage des Kollegen Fritz Müntzer über das Thema: „Lohnbewegungen in städtischen Betrieben“ wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen:

„Die heutige, von allen Betrieben der städtischen Verwaltung Groß Berlins stark besetzte Vertrauensmännerversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erklärt:

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen aller in den städtischen Betrieben Beschäftigten Arbeiter und Handwerker sind dringend verbesserungsbedürftig. Eine wirkliche Verbesserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse kann aber nur in der Weise erfolgen, indem eine gründliche und systematische Neuordnung der Grund-löhne, der Steigerungsstufen und der Nachlöhne für alle in den städtischen Betrieben Beschäftigten Personen durchgeführt wird. Insbesondere ist hierbei die größtmögliche Berücksichtigung der Willkür der Vorgesetzten zu erstreben. Eine bestmögliche Lösung dieser Frage ist daher nur im Abschluß eines Tarifvertrages zu erblicken, der gleichzeitig in die Arbeitsordnung aufgenommen werden muß.

Die Beschlüsse der Zentralverbände der Gewerkschaften, wie auch die jegliche allgemeine Wirtschaftslage gestatten es aber nicht, in eine allgemeine Bewegung zur Durchdringung unserer Forderungen einzutreten. Aufgabe der örtlichen Verbandsleitungen wird es sein, nach Beendigung des Krieges zu gegebener Zeit mit aller Kraft und mit den umfassendsten Mitteln für eine allgemeine Regelung und Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter und Handwerker einzutreten.

Während der Zeit durch den Krieg erzwungenen Kollaps fast aller Berufsgruppen wie auch der Stadtverwaltungen ist in der Hauptsache darauf zu achten, daß die bestehenden Einrichtungen vor Verschlechterung geschützt werden und es ist ferner dahin zu streben, daß die sozialpolitischen Leistungen der Stadtgemeinden gegenüber den in der Höhe lebenden Kollegen sowie auch gegenüber den Arbeitslosen noch weiter ausgebaut werden.

Da infolge des Krieges einige Berufsgruppen der Metallindustrie vorübergehend in der Privatindustrie höhere Löhne als die normalen erzielen, stehen wir dem Petreben derselben Berufsgruppen, auch in städtischen Betrieben Lohn-erhöhungen durchzusetzen, durchaus mit Verständnis gegenüber.

Wir können jedoch in den Veränden dieser Einzelgruppen, höhere Löhne zu erzwängen, kein Mittel erblicken, welches der Allgemeinheit der städtischen Arbeiter zugute kommt, noch können wir sie als eine Maßnahme anerkennen, die uns unserm Ziele, eine für alle gültige und dauernd festgelegte, von jeder Willkür freie Regelung der Arbeitsbedingungen zu erreichen, näher bringt.

Wir müssen es daher den in Frage kommenden Personen überlassen, persönlich und auf eigene Verantwortung hin die Ver-

suche, höhere Lohnsätze zu erreichen, fortzusetzen. In keinem Falle sind wir in der Lage, den betreffenden Gruppen die allgemeine wie auch die Unterhaltung unserer Organisation zuzumuten zu lassen. An dieser Bewegung sich etwa beteiligende Mitglieder unseres Verbandes können daher im Falle der Entlassung keine andere als die Arbeitslosenunterstützung erhalten."

Weiter wurde noch einigen einleitenden und erklärenden Worten des Kollegen Hoffmann beschloffen, dem Verbandsvorstande ein Zweites einer Wohnunterstützung an alle imelde liegenden und arbeitslosen Mitglieder eine namhafte Beihilfe aus der Kasse zu überweisen. Zustimmung wurde auch dem Vorschlage zu kommen, Sammelstätten heranzugeben, um den Bestand der Kasse nicht allzusehr zu schwächen. Nach Bekanntgabe einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen fand die vom Komitee der Einmütigkeit getragene Versammlung ihr Ende.

**Düsseldorf.** Unsere dritte Mitgliederversammlung während des Krieges tagte am 18. November, voramtags, im Volkshaus. Der Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des in kriegsreich gebliebenen Kollegen W. Mresken in der üblichen Weise gelebt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden erläuterte Kollege Deryn die Änderungen im Unterhaltungsweisen unseres Verbandes. Den Marktbericht erhaltete Kollege Berner. Hierauf gab Kollege Deimig einen Bericht über die Situation im Gau. Danach gibt es fast keine Stadtverwaltung im Gau, wo nicht von einzelnen Petri-Steuermännern, oder direkt von oben herab, verfehlt wird, Verschlechterungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis einzuführen. In der Sache liegt Ihnen, denn überall sind diese Verhältnisse in solchen Petri-Steuer zu merken, wo die Organisationen am schwächsten sind. In Düsseldorf selbst stellt man neuzutretende Arbeiter mit einem um 50 bis 60 Pf. minderen Lohn ein, als er in der Lohnliste vorgegeben ist. Also, trotz der eminenten Lebensmittelerhöhung, Lohnreduzierungen. Das Sparwesen der Stadtverwaltungen auf Kosten der Arbeiter zehrt die kriegsreichen Pluten. So wurde z. B. den Arbeitern, die am 1. Oktober eine Familienzulage nach der Lohnliste zu bekommen hatten, diese nicht ausbezahlt, weil jeder in dieser ersten Zeit Opfer bringen müsse. Die Kollegen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke haben in den letzten Tagen eine neue Arbeitsordnung erhalten. Anweisung Änderungen im Arbeitsverhältnis haben vorgegeben sind, sich noch nicht erfüllen. Jedenfalls haben die Kollegen aller städtischen Betriebe keine Ursache, die Hände in den Schoß zu legen, sondern untagesehrt dafür zu sorgen, daß alle Veranstaltungen der Organisation wahrgenommen werden, um die Läden, die der Krieg in unsere Mitgliederreihen gerissen hat, wieder auszufüllen.

**Oberfeld.** Unsere letzte Mitgliederversammlung tagte unter patriotischer Bewachung am 15. November im Volkshaus. Kollege Hoffmann gab den Massenbericht, der von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Bei einer unvorhofften Massenrevision ist ebenfalls alles in bester Ordnung befunden worden. Hierauf referierte Kollege Reinb über die Änderungen im Unterhaltungsweisen unseres Verbandes. Unter „Verschiedenes“ gingen mehrere Kollegen in längeren Ausführungen auf die Verhältnisse in den städtischen Betrieben ein. Auch hier zeigt sich ein Sparwesen, wie es früher nicht gedacht werden kann. Den Theaterarbeitern hat man aus Anlaß des Krieges den Monatslohn um 20 bis 25 Pf. gekürzt. Extravergünstigungen werden nicht mehr besonders vergütet. Dabei werden fünf Mann auf der Bühne weniger beschäftigt als das sonst der Fall war. Es fallen wohl an zwei Wochentagen die Vorstellungen aus, nicht aber die Arbeit für das technische Personal. Im Gegenteil, dieses wird derart in Anspruch genommen, daß nicht einmal die drei freien Tage im Monat gewahrt werden. Eine Vertretung der Arbeiter wandte sich deshalb an einen Stadtverordneten, der der Theaterkommission angehört. Dieser meinte, die Lohnkürzung sei einstimmig beschlossen worden. Die Leute sollten doch froh sein, daß die Kommission für Arbeit geübt habe. Der Direktor habe freiwillig auf 2000 Pf. seines Gehaltes verzichtet. Dieser Vergleich zwischen dem Direktor mit 1000 Pf. und einem Arbeiter mit 100 Pf. Monatsgage ist gut, aber er hilft sehr. Wir wollen an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, sondern überlassen es dem Leser, sich ein Urteil über die salomonische Weisheit des Stadtwaters zu bilden. Im Abfahrtsbetriebe müssen 22 Begleitende die gleiche Arbeit verrichten, die sonst 33 Mann verrichten haben. Es kommen die Leute erst mittags 2 1/2 Uhr zu Tisch, sollen aber um 3 Uhr schon wieder bei der Arbeit zu sein. Auf der Gasanstalt sind die neuen Kammeröfen dem Betrieb übergeben worden. Der Hof wird notwendig im Afford weitergeführt. Nebensunden werden teilweise bis zur Dauer von zwei Schichten gemacht. Auf den Straßen laufen aber Hunderte von arbeitslosen Arbeitern herum, die gern etwas arbeiten würden. Es muß hier noch erwähnt werden, daß diese Arbeitslosen ebenfalls von der Verwaltung unterstützt werden. Wäre es nicht angebracht, man ließe diese Leute arbeiten. Es ist dies Sparwesen am falschen Orte. Es wird ein Etat entlassen und der andere Etat über die Gebühren belastet und damit gleichzeitig ein großer Teil Arbeiter. Bekanntlich sollen nach Stadtverordnetenbeschlüssen und nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung in Krankheitsfällen 750 Pf. und für jedes Kind 1 Pf. pro Woche zum Krankengeld gezahlt werden. Vor dem Krieg war

aber das Krankengeld so hoch, daß die Verwaltung einen weit geringeren Zuschuß bis zur vollen Lohnhöhe zu zahlen brauchte. Jetzt haben nun die Krankentosen die Leistungen reduziert, die Stadt zahlt ihre Zuschüsse aber ruhig nach dem alten Satz der Krankentosen. Beispiel: A. verdient pro Woche 24 Pf. Er bekommt, wie wollen annehmen, 18 Pf. Krankengeld; die Stadt zahlt hierzu 6 Pf. Der Arbeiter hatte somit seinen vollen Lohn. Jetzt bezahlt die Krankentasse nur 12 Pf. Krankengeld, die Stadt zahlt aber auch nur 6 Pf. zu, obwohl dem Arbeiter, da er drei Kinder hat, 10,50 Pf. zustehen würden. So wird überall auf Kosten der Arbeiter geipart. An den Kollegen ist es, sich noch weiter als bisher zusammenzuschließen, um diese Mißstände zu beseitigen.

**Karlsruhe.** Unsere Filiale kann in diesen Tagen auf zehn Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Wohl war man sich bewußt, daß infolge der derzeitigen Verhältnisse dieser Gedanktag nicht in der vorher beschlossenen Weise gewirkt werden konnte. Die Filialverwaltung hatte daher die Mitgliederversammlung vom 11. November als Erinnerungsversammlung gestaltet, die sich eines abtreibenden Besuches erfreute. Der Sängerbund „Vorwärts“ hatte in freundlicher Weise den geselligen Teil übernommen und leitete die Feier mit Hthmanns „Lied der Nation“ ein. Der Stadtrat Dr. Dieß hielt die Ansprache. Der Medner schilderte, wie heute alle Mann an Mann zusammenstehen und die Feinde des Vaterlandes bekämpfen. So sollte die Arbeiterkraft zusammenstehen, um bessere Verhältnisse zu erringen. Unsere Gewerkschaft bestehe wohl schon zehn Jahre, doch sei sie trotzdem noch eine von den jüngsten, denn schon im Jahre 1862 habe Lassalle in seinem Vortrag im Handwerkerverein erklärt, daß nur durch Zusammenstehen die Arbeiterkraft auf eine bessere Kulturhöhe kommen würde. Der Medner behandelte dann den geschichtlichen Teil. Die Filiale wurde durch den Gauleiter Kollegen Altvater Stuttgart und durch den damaligen Arbeitersekretär Willi mit einem Stamm von 25 Mitgliedern gegründet. Sie hatte sich unter dem Trud der Stadtverwaltung und einzelner Notstands zu leiden, auf deren Veranlassung hin ein früherer Gründungsversuch mißglückte. Kollege Emil Smith, der als provisorischer Vorstand gewählt war, legte bald sein Amt nieder; ihm folgte Kollege W. n. n., der auf Grund seines Vorgehens gemäkelt wurde. Sein Nachfolger Gleiche wurde auf Grund seines damaligen Verhaltens ausgeschlossen. Kollege M. a. r. c. h. er, der im Jahre 1907 an dessen Stelle gewählt wurde, amtierte bis auf den heutigen Tag. Kollege D. e. d., der als Kassierer nach der Gründung gewählt ward, führte diese Geschäfte bis vor zwei Jahren, an dessen Stelle trat Kollege P. o. d., der zurzeit im Felde steht. Die Filiale wurde im Jahre 1906 dem Gau Mannheim zugewiesen. Vor Ausbruch des Krieges zählte unsere Filiale 515 Mitglieder. Ein Beweis dafür, daß der frühere Gauleiter, Kollege S. e. d. m. a. n. n., sowie die Filialleitung agitatorisch ihre Pflicht erfüllten. Folgende Gründungsmitglieder stehen noch in unseren Reihen: Aug. Peißel, A. n. i. m. e. r. D. e. d., Kaufm., Franz Schneider, Fräuninger, Müller, Anselm, Schulm., Georg Smith, Kern, Herbig, Schmidt, Wilbmann, Reiter, Supper, G. e. i. c. h. e. l. e. und Meier. Diesen gleich zu achten, durch entsprechende Mitgliedschaft in anderen Organisationen, sind die übergetretenen Kollegen: T. r. o. p. f., S. c. h. w. e. i. d. e. r. t., K. ö. b. e. l. e., K. i. r. c. h. n. e. r., W. a. n. d., W. o. d., F. r. i. e. d. r. i. c. h., K. e. o. p., N. o. t. h. w. e. i. l. e. r., A. n. o. b. e. l. i. p. i. e. s., W. e. i. f., M. i. d. l. e. r., C. h. s., A. l. b. e. r. t., N. o. t. h. w. e. i. l. e. r., S. c. h. n. e. c. k. e. n. b. u. r. g. e. r., P. e. e. t., P. a. t. t. e. r., S. i. f. f. e. r. und K. a. p. e. l. Durch den Tod wurden aus die Gründungsmitglieder Karl Peißel, K. o. h. l. s. t. e. i. n. und S. i. e. g. w. a. r. t. h. e. n. entfallen. Der Referent erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Mit Mozarts „Reise des Gesanges“ und der Hthmannschen Komposition „Zu Stahlfurg auf der langen Fried“ als Gesangsvorträge seitens des „Vorwärts“ fand die erste und doch schöne Erinnerungsfeier ihren Abschluß.

**Leipzig.** Am 13. November fand unsere Mitgliederversammlung im Volkshaus statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird das Andenken der verstorbenen Mitglieder: Artur Rudolph, Schlachthofarbeiter, Ferdinand Koch, Straßenreiner und Friedrich Sebastian, Altküster, in der üblichen Weise gelebt. Die beiden Erbanannten sind im Krieg gefallen. Kollege S. c. h. u. c. h. a. r. d. t. hielt sodann einen Vortrag über „Wirtschaftliche und soziale Aufgaben der Gewerkschaften während des Krieges“, der bei allgemeiner Aufnahme fand. Die Abrechnung vom 3. Quartal bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 16511,39 Pf. In Unterbringungen wurden gezahlt: In Sterbefällen 560 Pf., in Krankheitsfällen 795,88 Pf., bei Arbeitslosen 336,50 Pf. und in besonderen Fällen 11 Pf. An Familienkriegsangehöriger Mitglieder wurden 202 Pf. gezahlt. Dem Kassierer wird auf Antrag der Revisoren einstimmig Entlassung erteilt. Bis zum 31. Oktober waren insgesamt 105 Mitglieder, die für 339 Ehefrauen und 622 Kinder zu sorgen haben, eingezogen, 66 davon sind ledig.

**Stahlfurt.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 11. November im „Vossjäger“. Der 2. Vorsitzende, Kollege W. e. f. f. e. r., berichtete über die Vorstandssitzung der Gewerkschaften. Den Beschloffen wurde zugestimmt, Kollege W. a. c. h. t. e. n. d. o. r. f. sprach über die bevorstehende Stadtverordnetenwahl. Eine rege Ansprache fand statt. Sehr begrüßt wurde die Herausgabe eines „Klugschattes“ für den Gau. Im Anschluß soll bei dessen Verteilung eine Haus- und Petribeagitation stattfinden.



## • Aus den deutschen Gewerkschaften •

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erläßt unterm 16. November dieses Jahres im „Correspondenzblatt“ folgende Erklärung:

Unter der organisierten Arbeiterchaft Großberlins wird die Behauptung kolportiert, die Generalkommission hat sich über die Redaktion des „Vorwärts“ beschwert, um den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung zu zwingen, ferner: die Generalkommission habe das zweite Verbot des „Vorwärts“ verschuldet. Beide Behauptungen sind völlig aus der Luft gegriffen. Wir haben deshalb mit dem Parteivorstand Verhandlungen geführt, die auch den Zentralvorstand der Groß-Berliner Parteiorganisation beschäftigt haben. Leider hat es der Zentralvorstand abgelehnt, über diese Verhandlungen im Mitteilungsblatt des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend zu berichten. Da es nicht möglich ist, die Berliner Genossen durch ihr eigenes Blatt über die Sachlage zu informieren, bleibt uns zu unserem Bedauern nichts weiter übrig, als sie im „Correspondenzblatt“ darzulegen. Wenn dadurch ein erheblich größerer Personenkreis Kenntnis von den wenig erfreulichen Vorgängen erhält, so ist das nicht unsere Schuld.

1. In einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände wurde von mehreren Seiten Klage darüber geführt, daß der „Vorwärts“, der doch Zentralorgan der Partei sei, vielfach, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, verstoße habe. Die Generalkommission hielt die Beschwerden für berechtigt und erklärte sich bereit, zwecks ihrer Abstellung mit dem Parteivorstand und der Redaktion des „Vorwärts“ in Verhandlung zu treten. Am 23. September dieses Jahres fand eine Sitzung statt, an der Vertreter des Parteivorstandes, der Generalkommission, der Redaktion des „Vorwärts“, der Pressekommision und des Zentralvorstandes der Groß-Berliner Parteiorganisation teilnahmen. Die von der Generalkommission gegen den „Vorwärts“ vorgebrachten Beschwerden gingen dahin:

1. Der „Vorwärts“ hat während der Kriegszeit, besonders aber während der ersten Wochen nach Kriegsbeginn, gewerkschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen nicht die genügende Beachtung geschenkt. Die Förderung einer umfassenden und schnellen Fürsorge für die Arbeitslosen wurde z. B. von einigen bürgerlichen Blättern früher und öfter erhoben und propagiert als durch den „Vorwärts“. Beschwerden einiger Gewerkschaften gegen die Sparkassenpolitik der Verkehrsbetriebe und anderer öffentlicher Betriebe wurden von der „Vorwärts“-Redaktion nicht veröffentlicht.

Die „Volksfürsorge“, ein Unternehmen der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, hat der gesamten Partei- und Gewerkschaftspresse eine Notiz zur Veröffentlichung übermitteln, in der er behauptet, die Verantwortlichen über die durch den Krieg herbeigeführte Veränderung der Rechtslage zu belehren und sie vor Schaden zu bewahren. Die gesamte Arbeiterpresse beachte die Notiz. Die Redaktion des „Vorwärts“ lehnte die Aufnahme im redaktionellen Teil ab und stellte der „Volksfürsorge“ anheim, den Artikel oder eine Umarbeitung desselben als Inserat aufzugeben.

2. Der „Vorwärts“ tue nichts, um die Arbeiterchaft über das Verhalten der sozialistischen Parteien und Gewerkschaften des Auslandes zum Kriege zu unterrichten. Er hat auf die zahlreichen Angriffe, die von sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsblättern, ja selbst von einigen ausländischen Arbeiterorganisationen gegen die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften gerichtet wurden, nichts erwidert. Dadurch mußte der Eindruck erweckt werden, als ob jene Vorwürfe von uns als zutreffend anerkannt würden. Im Interesse der Würde und des Ansehens der deutschen Arbeiterbewegung müßte das Zentralorgan der Partei jene Angriffe ruhig und sachlich zurückweisen.

3. Der „Vorwärts“ hat bei der Berichterstattung über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung in der Regel das Verhalten unserer Genossen unterschätzt, Entlassungen einzelner Personen oder Zeitungen in Deutschland aber verallgemeinert.

In der einen ganzen Tag dauernden Aussprache über diese Beschwerden wurde seitens einiger Mitglieder der Pressekommision und der Redaktion des „Vorwärts“ der Versuch gemacht, die sachliche Erörterung zu unterbinden dadurch, daß sie den Vorwurf erhoben, die von der Generalkommission vorgebrachten Beschwerden seien nur ein Vorwand. Die wahre Absicht sei, den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen und chauvinistischen Haltung zu zwingen. Diese Unterstellung wurde von den Vertretern der Generalkommission sowie vom Parteivorstand sofort zurückgewiesen.

Zum Schluß der Aussprache sagte der Vorsitzende, Genosse Ebert, die Hauptpunkte der vorgebrachten Beschwerden nach Inhalt des Protokolls wie folgt zusammen:

1. Der „Vorwärts“ soll die Interessen der deutschen Partei gegen Angriffe sozialistischer Parteien des Auslandes verteidigen.

2. Der „Vorwärts“ soll sich in seinen Berichten über Greuel, Verwundeten- und Gefangenenbehandlung der größten Objektivität befleißigen.

3. Der „Vorwärts“ soll mehr wie bisher den sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen seine Aufmerksamkeit widmen.

4. Der „Vorwärts“ soll dem Chauvinismus, dem Hurra-patriotismus und allen Annerionsgelüsten entgegenarbeiten, wie das auch der Parteivorstand durch sein Zirkular an die gesamte Parteipresse schon in den ersten Kriegswochen verlangte.

Zu Punkt 4 wurde noch besonders festgestellt, daß die Generalkommission in dieser Auffassung durchaus mit dem Parteivorstand einig sei. Dem wurde allseitig zugestimmt.

Trotz dieser präzisen und zweifelstfreien Feststellung haben einige Mitglieder der Pressekommision bei den in ihren Wahlkreisen erstatteten Berichten, die in der Sitzung vom 23. September in bestimmter Absicht aufgestellt, mit den Tatsachen nicht zu vereinbarende Behauptungen sich zu eigen gemacht und ihre Mandatgeber in den Glauben versetzt, die Generalkommission habe den „Vorwärts“ zu einer nationalistischen Haltung veranlassen wollen.

11. In einer Sitzung des Vorstandes des Kreiswahlvereins von Niederbarnim hat der Genosse Stadthagen die Behauptung aufgestellt, die Generalkommission der Gewerkschaften sei schuld an dem zweiten Verbot des „Vorwärts“. Die Generalkommission erhob gegen die Behauptung des Genossen Stadthagen Widerspruch und wandte sich beschwerdeführend an den Parteivorstand. In einer gemeinsamen Sitzung aller Beteiligten wurde die Angelegenheit eingehend besprochen mit dem Ergebnis, daß der Parteivorstand einstimmig erklärte:

„In der Verhandlung konnte nichts festgesetzt werden, was auch nur den geringsten Anlaß zu der Annahme oder Vermutung geben konnte, die Generalkommission habe das „Vorwärts“ Verbot mitverschuldet. Dieser von Stadthagen erhobene Vorwurf ist in keiner Weise gerechtfertigt.“

Um jeder weiteren Legendenbildung und Stimmungsmache vorzubeugen, haben wir uns zu diesen Feststellungen genötigt gesehen.“

## • Notizen für Gasarbeiter •

**Spanbau.** Nach Ausbruch des Krieges haben viele Stadtverwaltungen den Stamm ihrer eingearbeiteten Leute schätzen gelernt. Wenn in Arbeitszeiten den älteren Arbeitern bei der geringsten Gelegenheit mit Entlassung gedroht wurde, so hat sich das Bild jetzt geändert. Auch die Stadtverwaltung und Gasdirektion von Spandau haben sich eines Besseren belehren lassen. Der größte Teil der älteren Feuerbauarbeiter ist zum Militärdienst eingezogen. Es mußten nun neue Arbeiter eingekauft werden. Die Stadtverwaltung hat hierbei aber auf Erfahrungen gemacht. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen, besonders in Berlin und Vororten, groß ist, so finden sich unter diesen doch immer die im Gaswerk arbeiten können. Die meisten sind Berufsarbeiter, und wenn sie auch die Arbeit im Gaswerk annehmen, so geht sich bald, da hier eine längere Tarnzeit nötig ist, um den Körper an diese schwere Arbeit zu gewöhnen. Die meisten der Neueingetretenen verlassen deshalb bald wieder die Arbeit. So ruht die Verantwortung für regelmäßige Erledigung der Arbeit auf den wenigen älteren Arbeitern. Daß diese nun mit Anspannung aller Kräfte arbeiten müssen, ist leicht erklärlich. War in früheren Jahren die Achtstundenarbeit eingeführt, so ist diese nach Einrichtung der Vertikalföden wieder vermindert. Auf einen Antrag um Wiedereinführung des Achtstundentages vom 11. August 1913 hat die Verwaltung bis heute noch keine Antwort gefunden. Bei der Verhandlung über diesen Antrag äußerte sich auch Stadtrat Paul und meinte, daß die Feuerbauarbeiter die leichte Arbeit bald in Glasfabriken und weicher Welt verrichten könnten. Eine von der Direktion im März dieses Jahres ausgearbeitete Vorlage, welche neben der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Gasler und Röhrenarbeiter der neuzugeworbenen Feuerbauarbeiter usw. auch eine entsprechende Lohnzulage vorsah, ist inzwischen wohl im Papierkorb verschwunden.

Nachdem die Direktion eingesehen, daß sie zu den jetzt gezahlten Löhnen keine brauchbaren Arbeiter bekommt, hat sie für die Feuerbauarbeiter eine tägliche Zulage von 0,75-1,00 RM. beantragt. In der Stadtverordnetenversammlung entspann sich über diesen Antrag eine lebhafte Debatte. Der Oberbürgermeister brachte zum Ausdruck, daß man doch unmöglich den Arbeitern eine Mark Zulage geben konnte, nur damit die bei der Gasanstalt in Beschäftigung bleiben, wogegen andere Städte Millionen für Ar-

beitslofenunterstützung zahlen. Die Sparbarkeit hat sich denn auch bald gerächt. Der „Anzeiger für das Oberrheinland“ vom 2. November schreibt folgendes darüber:

Das Verjagen der Gasbeleuchtung am letzten Sonnabend hat, wie uns mitgeteilt wird, keine Ursache in der unzureichenden Gaserzeugung, worin die Hauptgründe sind: 1. Mangel an ausgebildeten Stammarbeitern, die bei der Gasanstalt nicht vom Militärdienst befreit sind, wie größtenteils auf den nördlichen Industriezweigen, sondern die im Felde stehen. Von den zur eigentlichen Gasfabrikation (Bedienung der Gaserzeugungsöfen, Wasserzusanlage und Meißelhaus) nötigen Arbeitern sind 11 Mann im Felde, 7 Mann noch beschäftigt, von denen jedoch noch 1 Mann krank ist, 1 Mann bereits Wehrdienstverpflichtung hat und weitere 3 Mann als Landsturm auch demnächst werden abgehen müssen. Von den 7 neuangebildeten Leuten sind 4 Mann krank. 2. Mangel an Arbeitskräften überhaupt; in den letzten vier Tagen sind mit Hilfe der Arbeitsnachweise Spandau und Groß-Berlins sowie von Interimisten in drei Spandauer und in Berliner Zeitungen rund 40 Mann angenommen, von denen 12 Mann die Arbeit antraten, aber baldmöglichst wieder verließen, da sie ihnen nicht paßte und auch zu gering bezahlt war. Am Sonntag waren noch 1 Mann angeworben, von denen 2 weitere gleichfalls die Arbeit niederklegten, weil sie zu schwach ist. 3. Durch die große Anstrengung der wenigen Leute erkalmte natürlich deren Arbeitskraft, und unter Berücksichtigung der glänzenden Arbeitslöhne in den hiesigen nördlichen Industriezweigen legen auch ältere Arbeiter, die über ein Jahr schon beschäftigt sind, die Arbeit nieder und erhalten anderswo leichtere und viel besser bezahlte Arbeitsgelegenheit. Noch viel mehr gilt dies von den neuangestellten Arbeitern, die kaum einigermaßen ausgebildet, die Gasanstalt wieder verlassen."

Als vierter Grund wäre noch die schon so oft gerügte Sparbarkeit in städtischen Betrieben anzuführen. Die Leuten sollten schon im Frühjahr ausgebessert werden. Nach Aussage des Herrn Direktors würden hierfür aber circa 20000 Mk. notwendig sein, die aber noch gespart werden könnten, und so unterließ die Innenverwaltung der Leuten. Der Erfolg dieser Sparbarkeit hat sich denn auch bald in der Verjagung der Gasfabrikation gezeigt.

Inzwischen hat sich die Gasdeputation nochmals mit der Lohnfrage beschäftigt und eine Zulage von 30 Pf. pro Tag bewilligt. Ausgenommen von der Lohnhöhung sind nur die im Außenbetrieb der Gaswerke beschäftigten Arbeiter, Installateure und Helfer, welche schon bisher einen etwas höheren Lohn als die Arbeiter des Innenbetriebes hatten. Die Löhne sind wie folgt festgesetzt:

1. Gasarbeiter (bei 10stündiger Arbeitszeit):			
	früher	jetzt	
1. 3. Jahr	4,40 Mk.	4,70 Mk.	10.-12. Jahr 5,20 Mk. 5,50 Mk.
4. 6. "	4,70 "	5,- "	13. " 5,50 " 5,80 "
7. 9. "	5,- "	5,30 "	
2. Arbeiter am Stollenbagger, Moßaufzug, Schrägaufzug, Kram, Arbeiter als Gärtner, Antreiber, Helfer in der Schmiede, im Meißelhaus (bei 10stündiger Arbeitszeit):			
	früher	jetzt	
1.-3. Jahr	4,90 Mk.	5,20 Mk.	10.-12. Jahr 5,70 Mk. 6,- Mk.
4. 6. "	5,20 "	5,50 "	13. " 6,- " 6,30 "
7. 9. "	5,50 "	5,80 "	
3. Arbeiter im Meißelhaus, in der Wasserzusanlage, in der Ammoniafabrik, im Eisenhaus am Aektoren, Helfer in der Wasserzusanlage, in der Feuerschleuder, im Reglerraum, Schläder im Eisenhaus (bei 11stündiger Arbeitszeit):			
	früher	jetzt	
1. 3. Jahr	5,30 Mk.	5,72 Mk.	10.-12. Jahr 6,27 Mk. 6,60 Mk.
4. 6. "	5,72 "	6,05 "	13. " 6,60 " 6,93 "
7.-9. "	6,05 "	6,38 "	
4. Handwerker im Werkstattbetrieb, Stellmacher, Tischler, Schmiede, Schlosser, Maurer, Dachdecker (bei 10stündiger Arbeitszeit):			
	früher	jetzt	
1. 3. Jahr	5,40 Mk.	5,70 Mk.	10.-12. Jahr 6,20 Mk. 6,50 Mk.
4. 6. "	5,70 "	6,- "	13. " 6,50 " 6,80 "
7. 9. "	6,- "	6,30 "	
5. Handwerker im Stadtbetrieb, Rohrleger, Installateure (bei 10stündiger Arbeitszeit):			
	früher	jetzt	
1. 3. Jahr	5,60 Mk.	5,90 Mk.	10. 12. Jahr 6,40 Mk.
4.-6. "	5,90 "	6,20 "	13. " 6,70 "
7. 9. "	6,20 "	6,50 "	
6. Helfer im Stadtbetrieb (bei 10stündiger Arbeitszeit):			
	früher	jetzt	
1. 3. Jahr	4,80 Mk.	5,10 Mk.	10. 12. Jahr 5,60 Mk.
4.-6. "	4,90 "	5,20 "	13. " 5,70 "
7. 9. "	5,20 "	5,50 "	

An den Gasarbeitern liegt es nun, für die Einführung der 11stündigen Tagelänge einzutreten. Wenn die Verwaltung auch durch die Lohnzulage ein Entgegenkommen gezeigt hat, so hat sie doch nur halbe Arbeit geleistet. Sollen die Arbeiter, besonders die älteren, auf welchen die Verantwortung ruht, in ihrer Gesundheit nicht gefährdet werden, so ist die Einführung der 11stündigen Tagelänge unbedingt geboten.

### Rundschau

Der Feindling. Die erste Erregung ist vorüber, so mancher liebe Freund ist im Feindesland, schlägt Leben und Gesundheit in die Schanze oder ruht starr und bleich unter fremder Erde. Dabei alter sitzen schlafend Mutter und Kinder und sehen sorgenvoll der ungewissen Zukunft entgegen. Wie ein leuchtender Stern in dunkler Nacht erscheint in diesen schweren Zeiten die Fürsorge des Verbandes, dem die Opferfreudigkeit seiner Mitglieder die Unterstützung aller Bedrängten ermöglicht. So hat der Vaterlandsverträdiger wenigstens die eine Genugtuung, seine Lieben einigermaßen versorgt zu sehen und das Wissen der Arbeitslosigkeit hat wenigstens für die andern einen Teil seines Schreckens durch die Organisationsunterstützung verloren. Jeder bringt in diesen schweren Zeiten Opfer, sie tun es gern, der Geist der Kameradschaft erfüllt willig seine Pflichten. Sie helfen alle, geben einen Teil ihres Lohnes ab und sammeln in kleinen Münzen manche Mark zusammen, die viele Tränen trocken, manche Not lindern. Auch der verheiratete Kollege hat nur ein spärliches Einkommen, aber wie eine Selbstverständlichkeit erscheint ihm auch seine Ruhe. Fast alle Organisationen haben neben den eigentlichen Beiträgen noch Ertragsbeiträge eingeführt, um die Familien ihrer Kameraden unterstützen zu können. Nur einer steht abseits. Innerlich gehörte er wohl nie zu ihnen, aber der stamme Geist in seiner Werkstatt, der so manche tarifliche Verbesserung auch für ihn gebracht hat, ergab die Notwendigkeit, ebenfalls organisiert zu sein, und wenn eine Verbesserung verlangt wurde, stand er hinter den andern, die Erfüllung seiner großen Wünsche verlangend, ohne selbst den Mund dabei aufzumachen. Jetzt sind die meisten fort und für ihn die willkommene Gelegenheit geboten, sich von der Beitragszahlung zu drücken, denn nun kann er ja, wie jeden Winter, nicht einmal das Krankengeld aus der Verbandskasse holen; das ist zum Teil aufgehoben. Was muß ihm die Unterstützung der Frauen und Kinder, er hat ja keine, was braucht er Arbeitslofenunterstützung, wo er mit dauernder Arbeit rechnen kann? So geht er den Kameraden aus dem Wege, und als ihn dennoch einer ertwischt und auf das Unschöne seiner Handlungsweise aufmerksam macht, glaubt er sich sogar berechtigt, groß zu werden. Nur für sich selber sorgen, ist seine Parole, was kümmern ihn die andern. Er sieht es nicht, wenn sich die eigenen Kollegen von ihm abwenden, gering zählt er seine Spargroschen, nur mehr, nur mehr! Wenn aber die Nachricht eines großen Ereignisses kommt, dann brüllt er mit, spricht von „unserm tapfern Volke“; er, der schamflüchtige unter Millionen armer Soldaten mit goldenem Herzen. Er hat die Achtung und die Scham vor sich selbst verloren. Leider ist dieser eine noch immer zahlreich in der deutschen Arbeiterschaft vertreten.

Eine internationale sozialistische Konferenz in Kopenhagen. Die von dem gemeinsamen Komitee der skandinavischen Arbeiterbewegungen in zwei Sitzungen in Stockholm beschlossene Initiative zu einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der neutralen Länder zwecks Behandlung der internationalen Situation ist jetzt soweit gediehen, daß ein vorläufiger Beschluß gefaßt ist, diese Konferenz am 6. Dezember in Kopenhagen beginnen zu lassen. Die Einladung zur Konferenz geht von den drei skandinavischen Parteien aus. In der Konferenz werden außer den Vertretern der skandinavischen Länder auch solche aus Holland, der Schweiz, Italien und Amerika teilnehmen. Die Parteien der kriegsführenden Länder sollen eingeladen werden, Berichte und Informationen an die Konferenz zu senden, damit Klarheit über die internationale Lage soweit als möglich gewonnen werden kann.

Der Dank der Kriegerfrauen an die Gewerkschaften. Die „Arbeiterzeitung“ bringt nachstehenden Brief der Frau eines zum Kriegsdienst eingezogenen Revollmächtigten der zählstelle Fraurow i. Böhren, zum Abdruck: „... Zu gleicher Zeit sage ich meinen herzlichsten Dank für die Familienunterstützung. Es fehlt ja jetzt sehr, zumal wir nichts von der Stadt bekommen, aber ich habe mich schon gewundert, daß der Verband es doch noch solange hat durchsehen können. Ich freue mich auch sehr, daß der Vorstand an die Zeit nach dem Kriege denkt und sich der aus dem Feldzuge heimkehrenden Krieger annehmen will. Die werden es dann auch sehr nötig haben. Ziehen erhalte ich einen Brief von meinem Mann. Er hat sich sehr gefreut, daß der Verband so reichlich gesorgt hat in der ersten schweren Zeit, und daß er es auch noch später tat will. Ich soll auch in meinem Namen herzlich danken. Es war ihm ein schöner Trost in Feindesland, daß die Familie nicht Not leiden braucht. Er rüht den Vorstand, sich unter anderem, wenn ich einmal hier brauche. Wenn er gesund zurückkehrt, hofft er durch treue Dienste nach dem Krieg seinen Dank erstaten zu können. Also nochmals meinen besten Dank. Mit

freundlichem Gruß zeichnet Frau Hlod. — Die tapfere Frau verbleibt während der Zeit des Krieges die Verbandskassette.

Der gefangene Kellner. Im Neuen Wiener Tagblatt er zahlt Paul Simon von einer Unterhaltung, die ein herrlicher Land... Einem der vielen jüdischen Soldaten, die in russischer Uniform stecken, machte den Soldaten, und es entwickelte sich das nachfolgende Gespräch: Störker: „Krieg ehnt, er er na mudee hat?“ Dolmetsch: „Joch, sagt er, hat er.“ Störker: „Und er er na a Schuster is.“ Dolmetsch: „Er is ein Schuster. Erlauben Sie, an was kennen Sie das?“ Störker: „Mit Dam (Täumen). Und ob er er a Gumaer hot.“ Dolmetsch: „Er hot, Gert — mit hat'n alle Hunger.“ Darauf zog der Landknecht ein Stück Papier heraus, in dem sich der geringe Rest einer wackleren Wurst befand, und gab dieses gewiß von ihm sehr geschätzte Festmahl und mehr als drei Viertel des soeben gefakten Brotes den beiden Gefangenen. Als er sich, um den Dankigungen zu entsagen, abwendete, bemerkte er vernehmlich vor sich hin: „Jwa hunder hat er, und a Schuster is er na!“

Vom Kusen der „Volkspflege“. Ein 30 Jahre alter städtischer Gasarbeiter in Berlin verstarb am 15. November 1913 bei der „Volkspflege“ nach Tarif II für eine Halbmonatspension von 1 Mk. auf eine Späterens nach 15 Jahren fällige Versicherungs summe von 200 Mk. Er zahlte bis jetzt 11 Mk. an Beiträge. Derselbe wurde überfahren und starb am 14. Juni 1914 im Krankenhauste. Da der Tod durch Unfall eintrat, war die fällige Versicherungs summe im Betrage von 200 Mk. alsbald an die Witwe ausbezahlt.

Die Soldatenfrau.

Ein Heildbrief von Karl Präger. Liebster, jünst hab ich an dich gedacht. Es rauschte der Regen durch die Nacht. Da wollt es mich nimmer im Rissen leiden. — Wer trägt nun schweerer von uns beiden? War ich bei dir, mir wäre nicht bang, aber die Nächte sind dunkel und lang. Mann sein ist hart, ich weiß es — allein härter fast ist es, sein Mann zu sein. Geiern plagte dein Bub heraus: „Kommt denn Vater nicht bald nach Haus? Warum ist Krieg und der Vater dabei?“ und sonst noch Rindliches vielerlei, wie so die liebe Unschuld fragt. Liebster, was dänest du ihm gesagt? Du bist Soldat; doch auch ich steh bei einer herrlichen, großen Arme, einer Arme von Kindern und Frau'n, die an der Zukunft weiterbauen. So wird wohl eink noch alles gut, wenn nur jeder das Zeine tut. Liebster, so hab ich jünst gedacht. Der Regen rauschte durch die Nacht. Mich wollt es nimmer im Rissen leiden. Es trägt wohl jeder sein Teil von uns beiden.

Verbandsteil

Bekanntmachung der Hauptkasse. Fonds zur Weihnachtsunterstützung.

Bis zum 21. November bewilligten für den Fonds: Verbandsvorstand 1000.—, Berlin 1200.—, Bonn 20.—, Chemnitz 20.—, Köln a Rh 20.—, Grimmitzschau 25.—, Düsseldorf 250.—, Eisenach 20.—, Ebersfeld 150.—, Frankfurt 25.—, Friedberg 50.—, Kärntenwald 20.—, Kassel 20.—, Kassel 10.—, Hannover 200.—, Jena 20.—, Meppen 20.—, Met 20.—, Norder 20.—, Rannheim 200.—, Rannheim Land 12.—, Sigmarsen 20.—, Regensburg 20.—, Rostock 20.—, Schwein furt 20.—, Stuttgart 25.—, Traunstein 40.—, Weimar 20.—, Weh 15.—, Wehrbrücken 10.—, Zwickau 150.—, von den Kollegen Adam und Sabine mann, Chicago 74,18 Mk. Summe 117346,48 Mk.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Briefkästen

Zur geistl. Beachtung für die Schriftführer. Da der Beitrag für den Weihnachtsgesamten besonders in der „Gewerkschaft“ guttrent wird, ist eine besondere Erwähnung in den Berichtsungsberichten nicht erforderlich!

Totenliste des Verbandes.

- Alfons Begin, Nacht Feuerhausarbeiter † 16. 11. 1914, 51 Jahre alt.
Heinrich Busch, Arken † 17. 11. 1914, 37 Jahre alt.
Heinrich Durk, Fklingen † 25. 10. 1914, 63 Jahre alt.
John Fik, Hamburg † 15. 11. 1914, 66 Jahre alt.
Gustav Kies, Stuttgart † 25. 10. 1914, 52 Jahre alt.
H. Maffelmann, Bremen † 11. 11. 1914, 29 Jahre alt.
Karl Hermann Otto, Leipzig † 19. 11. 1914, 67 Jahre alt.
August Rehföft, Hamburg † 16. 11. 1914, 31 Jahre alt.
Karl Schulz, Neukölln † 16. 11. 1914, 35 Jahre alt.
Eugen Weiskarth, Breslau † 14. 11. 1914, 42 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Adolf Bränning, Stuttgart † im Alter von 31 Jahren in Frankreich gefallen.
Franz Bub, Mannheim † am 8. November im Alter von 22 Jahren gefallen.
Hermann Eckert, Stuttgart † im Alter von 35 Jahren in Frankreich gefallen.
Richard Frefe, Bremen † am 3. September im Alter von 26 Jahren in Frankreich gefallen.
Friedrich Gudoſchat, Berlin † am 5. November im Alter von 30 Jahren gefallen.
Alwin Hausdorf, Dresden † am 9. September im Alter von 23 Jahren gefallen.
Helfmann, Langen (Hessen) † am 6. Oktober im Alter von 27 Jahren in Frankreich gefallen.
Friedrich Hipp, Buntlingen † im Alter von 26 Jahren zu St Martin Frankreich gefallen.
Friedr. Herm. Julius, Leipzig † am 11. Oktober im Alter von 38 Jahren gefallen.
Gustav Kahner, Regal † am 11. Oktober 1914 im Alter von 29 Jahren gefallen.
Andreas Kaupp, Horb † im Alter von 31 Jahren in Frankreich gefallen.
Georg Kirchhof, Leipzig † im Oktober im Alter von 28 Jahren gefallen.
Herm. Klambunde, Guckow † Arbeiter im Gaswerk im Alter von 26 Jahren gefallen.
Otto Knobloch, Berlin † am 20. November im Alter von 33 Jahren gefallen.
Frank Marzlikier, Berlin † am 6. November im Alter von 25 Jahren gefallen.
Gustav Mehlaun, Berlin † am 7. November im Alter von 36 Jahren gefallen.
Alfred Oehler, Leipzig † am 9. September im Alter von 25 Jahren gefallen.
Petraschka, Königsberg i. Pr. † Reinigungsmann im Alter von 37 Jahren im Osten gefallen.
Diedrich Rosenthal, Bremen † am 23. August im Alter von 24 Jahren in Belgien gefallen.
A. Sanger, Königsberg i. Pr. † Elektrizitätswerk im Alter von 35 Jahren im Osten gefallen.
Eugen Schwarz, Stuttgart † im Alter von 37 Jahren zu Gondal Mailon gefallen.
Hermann Seihert, Leipzig † im November im Alter von 39 Jahren gefallen.
Max Köpfer, Leipzig † am 11. Oktober im Alter von 24 Jahren gefallen.
J. Creptan, Königsberg i. Pr. † Gaswerk im Alter von 38 Jahren im Osten gefallen.
A. Eichel, Frankfurt a. M. † am 5. September im Alter von 33 Jahren in Frankreich gefallen.
Christof Vetter, Stuttgart † im Alter von 28 Jahren in Frankreich gefallen.
Paul Voigt, Leipzig † im Oktober im Alter von 26 Jahren gefallen.
Heinrich Weber, Augsburg † am 25. September im Alter von 24 Jahren gefallen.

Chre ihrem Andenken!